

Antrag

der AfD-Fraktion

Keine Experimente mit der Lausitz – für sozialverträgliche Energiekonzepte

Der Landtag möge beschließen:

Ohne eine international wettbewerbsfähige und sichere Stromerzeugung aus regenerativen Energien, gesichert durch eine wirtschaftlich sinnvolle Speichertechnologie und vollständigem Netzausbau, wird es keinen Ausstiegstermin aus der Braunkohle geben. Bis die wirtschaftlichen, technischen und sozialen Voraussetzungen gegeben sind, wird kein Ausstiegsszenarium umgesetzt, auch nicht partiell mit z. B. der Abschaltung von Kraftwerksblöcken. Um die sozialen Belastungen der Bürger und die Natur- und Gesundheitsschäden durch Windenergieanlagen (WEA) nicht weiter steigen zu lassen, werden Windenergieanlagen, insbesondere in Wäldern, ab sofort in Brandenburg nicht mehr genehmigt. Hierzu sind bis Dezember 2017 die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen zu erlassen.

Begründung:

Diese Klarstellung muss erfolgen, um dem Wirtschaftsstandort Lausitz nicht weiteren Schaden zuzufügen. Die Einschränkungen in der Braunkohlenverstromung und die bisher nicht eindeutige Positionierung der Landesregierung haben die Energiewirtschaft verunsichert. Die Ansiedlungspolitik wird erschwert. Schon heute leiden insbesondere Mittelständler im Umfeld der Energiewirtschaft unter Umsatzeinbrüchen. Dadurch gehen in der Lausitz Arbeitsplätze und Einkommen in immensem Umfang verloren. Nur eine unmissverständliche Zurückweisung aller Bestrebungen nach einem mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohle kann das Vertrauen der wirtschaftlichen Akteure in Brandenburg zurückgewinnen.

Klimaschutzziele sind nicht erreicht worden und werden auch mittelfristig nicht erreicht. Der CO₂-Zertifikatehandel sorgt dafür, dass Einsparungen an einer Stelle woanders wieder zu höherem Ausstoß führen. Regenerative Energien tragen nicht zu einer verlässlichen Wärme- und Stromversorgung bei. Ganz im Gegenteil: Sie destabilisieren die Energieversorgung und machen viele Netzeingriffe notwendig. Ohne den stabilisierenden Faktor der Braunkohlenverstromung zu marktfähigen Preisen wäre die schwankungsfreie Stromerzeugung nicht gesichert. Damit hält sie die finanziellen Belastungen der privaten Haushalte noch einigermaßen in Grenzen und puffert den unsozialen Charakter der Energiewende.

Die Energiewende funktioniert nur mit einem entsprechenden Ausbau der Stromnetze und der Möglichkeit zur ökonomisch sinnvollen Stromspeicherung in industriellem Maßstab. Doch diese technologischen Voraussetzungen sind nicht in Sicht. Auch der Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energien, Johannes Teysen, fordert eine grundlegende

Eingegangen: 31.05.2017 / Ausgegeben: 31.05.2017

Reform der Energiesteuern, der Abgaben und Umlagen. Das geht jedoch nur mit der Braunkohle.

Von Windenergieanlagen verursachter Infraschall und Schlagschatten führen zu gesundheitlichen Risiken für die Anwohner. Eine erhöhte Anzahl von WEAs trägt nicht zur höheren Stabilität der Stromversorgung bei. Im Gegenteil: Der Zubau reduziert nicht den Bedarf an konventionellen Kraftwerken, da wetterbedingte Dunkelflauten auch bei noch so starkem Ausbau keine Stromerzeugung zulassen.

Einkommensschwache Haushalte sind unverhältnismäßig stark belastet. Ein Ende der ausufernden Kostenerhöhungen auf Grund der konzeptionslosen Energiewende ist ohne einen Ausbaustopp nicht abzusehen. Die Gewinne der subventionierten Energieunternehmen entstehen auf dem Rücken der Verbraucher, die nicht wählen können. Deshalb bedarf es der klaren Stellungnahme des Landtages, dass die Strom- und Wärmekunden nicht weiter belastet, sondern entlastet werden.